

Hans-Werner Brüning
Fraktion der Linkspartei.PDS
im Stadtrat der LH Magdeburg

Zum Haushalt 2007 am 11.12.2006 im Stadtrat

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
meine Damen und Herren des Stadtrates und der Stadtverwaltung,

die Haushaltseinführung und die Übersichten von Herrn Bürgermeister Czogalla haben uns die Situation, in der wir uns befinden, eindrucksvoll vor Augen geführt. Hinter uns liegen wieder einmal Wochen und Monate der Haushaltsaufstellung, der Beratung in den Fraktionen und Ausschüssen über die Einnahmen und Ausgaben des Jahres 2007, darüber was sich die Landeshauptstadt Magdeburg (noch) leisten kann und will und was es bedeutet, unter den Bedingungen der Haushaltskonsolidierung einwohnerfreundlich zu wirtschaften. Vorstellungen von unserer Stadt, in der die Menschen auch leben wollen, sind wichtige Orientierungen der Haushaltsaufstellung. Finanzstarke Kommunen sind von daher kein Selbstzweck, sondern wichtig für dieses Ziel. Die von Ihnen, Herr Czogalla, dargelegten Positionen werden von unserer Fraktion unterstützt. Wir fassen sie als einen Hilferuf auf, der bei uns angekommen ist. In den verbleibenden Tagen bis zur Entscheidung über den Haushalt 2007 im Landtag werden wir die Fraktion der Linkspartei.PDS auf die Situation bei den Kommunal финанzen hinweisen und darauf hinwirken, dass es nicht zu den Kürzungen kommt. Auch zu einzelnen Mitgliedern der Koalitionsfraktionen bemühen wir uns um Kontakte.

Es muss doch Berücksichtigung finden, dass die Landeshauptstadt Magdeburg schon seit sieben Jahren keinen ausgeglichenen Verwaltungshaushalt mehr hat und die Finanzierungslücke immer größer wird. Ideen gefragt, um aus der Klemme zu kommen, in der wir mit dem gegenwärtigen Defizit von 112 Millionen Euro einfach stecken. Doch dieses Defizit ist

1. nicht hauptsächlich selbstverschuldet, obwohl es aus unserer Sicht durchaus noch im Stadtrat mehrheitlich getragene Verschwendung öffentlichen Geldes gibt, und
2. es stellt zunehmend das Recht auf kommunale Selbstverwaltung in der Landeshauptstadt Sachsen-Anhalts in Frage.

Der Haushalt muss natürlich genehmigungsfähig sein. Was genehmigungsfähig ist, definiert das Landesverwaltungsamt, indem es das per Gesetz vorgeschriebene Konsolidierungskonzept prüft.

Not macht erfinderisch. Doch selbst das, was Stadtrat und Verwaltung sich haben einfallen lassen, um mit den sinkenden Haushaltsmitteln Magdeburg voranzubringen, ist weder vor der Kommunalaufsicht noch vor dem Landesrechnungshof sicher. Ein prägnantes Beispiel ist das gestern übergebene neue Fußballstadion, wegen dem es zwischen Landesrechnungshof und Landesverwaltungsamt Streit gegeben hat.

Wir erinnern uns gut an die Attacken des Landesrechnungshofspräsidenten gegen unser Stadion-Projekt, das nur durch private Beteiligung an dieser freiwilligen Aufgabe gelingen konnte.

Gefährdet haben es die Einwände aus Dessau, dass die Pläne nicht rechtmäßig seien und nicht der Leistungsfähigkeit der Stadt entsprächen, keinesfalls der Streit im Stadtrat um die Größe des Stadions.

Das Vorhaben ist gut konzipiert und mit Hilfe des privaten Partners umgesetzt worden. Für die geleistete Arbeit danken wir an dieser Stelle dem Oberbürgermeister und allen aus der Verwaltung, die ihm zur Seite standen, sowie dem Partner „HochTief“, der bisher alle Verpflichtungen, wie wir gestern hörten, eingehalten hat.

Für das Gemeinwesen kann es allerdings **nicht** der Königsweg sein, die Aufgaben mit privaten Partnern zu lösen, wie es in Magdeburg richtiger Weise als Variante bei der Schulsanierung mit PPP auch mit unserer Unterstützung begonnen wird.

Es gibt für uns Grenzen, die dort sind, wo Firmeninteressen Einfluss auf kommunale Entscheidungen gewinnen, vor allem, wenn es um die kommunale Daseinsvorsorge geht. Diese kann durchaus in privatrechtlicher Form, wie Zoo, das Krankenhaus oder die Stadthallen, keinesfalls auf **privatwirtschaftlicher** Grundlage, also Gewinninteressen untergeordnet, wahrgenommen werden.

Verkauf von kommunalen Wohnungen zuerst in Dresden, jetzt in Berlin - und bald auch in Magdeburg? Das ist mit unserer Ratsfraktion nicht zu machen. Denn die Kräfte des Wohnungsmarktes sind ohne öffentliches Regulativ unberechenbar und letztlich würde eine Veräußerung von Eigentum niemals die Ursachen für das Haushaltsdefizit beseitigen. Die Bundes- und Landespolitik sorgen für die leeren Kassen und belasten die Allgemeinheit auf vielfältige

Weise. So *durch* sinkende Kommunalfinanzen, *durch* die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 19 Prozent und *durch* andere Allgemeinsteuern.

Der Ausgleich von Einnahmen und Ausgabe für den Verwaltungshaushalt wird trotz aller sinnvollen und auch weniger sinnvollen Einsparideen der vergangenen Jahre immer weiter hinausgeschoben.

Alle wissen, dass wir durch die Landesregierungen und die sie tragenden Koalitionen in diese schwierige Situation gebracht werden. Bisher galt immer das Argument, dass der Landeshaushalt schrumpft. In diesem Jahr hat die Koalition nun aber Steuermehreinnahmen für 2006 und 2007 gemeldet.

Die im Koalitionsvertrag von CDU und SPD propagierte Konsolidierungspartnerschaft ist Schall und Rauch. An Steuermehreinnahmen, die es für 2006 und 2007 geben soll, werden die Kommunen in Sachsen-Anhalt nicht adäquat beteiligt.

Die Fraktion der Linkspartei.PDS befürwortet eine wahrhafte Partnerschaft von Land und Kommunen, sie muss nur auf einer sachlichen Grundlage stehen, darf keine Einbahnstraße sein und unser Stadtrat muss Mitwirkungsrechte erhalten. Unsere Konsolidierungsbemühungen sind nicht zum Wohlgefallen des Landes, sondern für den Erhalt der Leistungsfähigkeit der Stadt beschlossen worden.

Das tendenzielle Sinken des Anteils der Kommunalfinanzen am gesamten Landeshaushalt seit 1995 setzt sich auch 2007 fort. Selbst wenn die Zuweisungen nach Finanzausgleichsgesetz leicht erhöht werden, dann wird an anderen Stellen gekürzt und gestrichen - z.B. der Familienleistungsausgleich für Magdeburg in Höhe von 7,3 Millionen Euro. Das richtet sich gegen die soziale Leistungsfähigkeit Magdeburgs.

Hinzu kommt auch noch das in der Drucksache 349 benannte Risiko im Bereich Hartz IV/Kosten der Unterkunft in Höhe von 10 Millionen Euro.

Möglicher Weise gibt es ein weiteres Risiko: Wir wissen nicht, ob wir uns so recht über die Mehreinnahme von 677 000 Euro aus der Mehrwertsteuererhöhung freuen können. Uns interessiert, welche Mehrbelastungen sich auf der anderen Seite für den Verwaltungshaushalt und den Vermögenshaushalt durch die höheren Lasten der bald 19prozentigen Steuer ergeben. Wir bitten den Oberbürgermeister hier um Auskunft, denn drei Prozent aller umsatzsteuerpflichtigen Ausgaben durch die Verwaltung und die kommunalen Unternehmen sind keine geringe Summe.

Haushaltskonsolidierung ist Voraussetzung für die Erfüllung aller Aufgaben im Interesse unseres Gemeinwesens, u.a. in den Bereichen Soziales, Kultur und Infrastruktur. Seit 1999 betreiben wir sie.

Nach Vorschlägen des Oberbürgermeisters sind Personalkosten deutlich gesenkt, Kindertagesstätten und Horte an freie Träger übertragen und die Gebühren und Beiträge angehoben worden – ein Ende ist nicht abzusehen. Selbst kleinste Positionen dienen der Konsolidierung. „Dunkelheit kostet nichts“, schrieb Charles Dickens 1843 in seiner Weihnachtsgeschichte. Das muss Verwaltung und Stadtrat inspiriert haben, jedenfalls sind der Magdeburger Ring, der Olvenstedter Graserweg und andere Straßen in unserer Stadt abends dunkel. Das Anschalten des Lichts, wenn es benötigt wird, vergrößerte das Defizit nicht wirklich. Dunkle Straßen sind aber unsicher und wenig attraktiv. In der Bevölkerung gibt es da viel Unzufriedenheit.

Eine Neuerung hat die Verwaltung auf Vorschlag der CDU-Fraktion und auf Beschluss des Stadtrates eingeführt: Das Internetforum Finanzen. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten sollten die Einwohner an der Haushaltsaufstellung mitwirken können.

Diesem Forum fehlt allerdings die wichtigste Diskussionsgrundlage: einfache Übersichten und Erläuterungen zum Stadthaushalt, die erst eine sachkundige Diskussion ermöglichen. Und so hat uns dieses Forum trotz zahlreicher und dankenswerter Hinweise nicht wirklich weitergeholfen. Und da geht es nicht um unsere Enttäuschung, Herr Bromberg, wenn die Vorschläge wenig bringen. Wir fürchten, die Enttäuschung derer, die Vorschläge unterbreitet haben. Diese wird groß sein. Ein anderes Herangehen ist notwendig, nämlich eine Übersicht über die einzelnen Haushaltsbestandteile und deren Wirkungen. Ein Beispiel, wie man es tun könnte, sind die Lichtenberger Angebote. In dem Berliner Bezirk wird die Bevölkerung auch zum Mitwirken aufgerufen. Sie erhält aber alle notwendigen Informationen über die Leistungen, die hinter den einzelnen Budgets stehen. Da geht es um die Bibliotheken, die Gesundheitsförderung, die Kinder- und Jugendförderung, die kulturellen Angebote, die Seniorenarbeit und -betreuung, die Sportförderung, die Unterhaltung des städtischen Grüns und von Spielplätzen und vieles mehr. Informationen aus einer Hand, nach einheitlichem Schema strukturiert.

Das würde künftig auch den Magdeburgerinnen und Magdeburgern das Mitwirken am städtischen Haushalt erleichtern.

Einige unserer Positionen möchte ich noch nennen, die sich nun schon Jahr für Jahr wiederholen.

Es wurde und wird wirklich viel getan, um die Wirtschaftskraft Magdeburgs voranzubringen. Wenn wir einen hoffnungsvollen Zuwachs an Gewerbesteuererinnahmen verzeichnen, dann bleibt allerdings abzuwarten, ob er sich verfestigt.

Tatsache bleibt aber, wir benötigen mehr Arbeitsplätze in Magdeburg, denn die fortgesetzte hohe Arbeitslosigkeit um die 19/20 Prozent ist nicht zu akzeptieren. Das verlangt u. E. ein Angleichen des Hebesatzes bei der Gewerbesteuer an die regionale Wirklichkeit. Auf Zwangseingemeindungen und den folgenden Steuer-Segen sollte niemand hoffen. 450 Prozentpunkte Hebesatz schrecken Investoren ab und haben schon größere Firmen ins Umland abwandern lassen. Wir haben vor einem Jahr und danach wiederholt vorgeschlagen, einmal eine Modellrechnung vorzunehmen. Das ist bis heute nicht aufgegriffen worden.

Kommunale Wirtschaftsförderung ist eine Dienstleistung, die sich u.a. an die Unternehmen sowie Unternehmerinnen und Unternehmer richtet. Wir leisten uns den Luxus, dies völlig kostenlos zu tun.

Da wir uns im Bereich freiwilliger Aufgaben bewegen, müssen wir über deren Weiterführung nachdenken. Wir wollen nicht die Höhe der Ausgaben für die Wirtschaftsförderung reduzieren, sondern die Herkunft der Mittel auf Einnahmen aus Dienstleistungen der GWM erweitern. Das ist der Sinn eines unserer Anträge, der heute zur Abstimmung steht.

Der Stadtrat hat mit der Drucksache zum Haushaltsplan 2007 Veränderungen zur Kenntnis bekommen, die den zweiten Arbeitsmarkt betreffen. Festzustellen ist, dass die Mehraufwandsbeschäftigung deutlich steigt, während Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen rückläufig sind.

Es ist zu zweifeln, ob bei der Masse von Anträgen und Bewilligungen im Ein-Euro-Job-Bereich die ursprünglichen Absichten zur zusätzlichen und gemeinnützigen Arbeit noch die gebührende Berücksichtigung finden (können).

Wir regen die Diskussion über sinnvolle Arbeitsförderung in Magdeburg an. Das schließt unsere Vorschläge zu Qualifizierung der Arbeit der ARGE ein, die leider verschleppt worden sind.

Überhaupt nicht neu ist unsere Position zur Entwicklung des Verkehrslandeplatzes Magdeburg-Süd resp. der Flughafen Magdeburg GmbH. Neu ist nur eines: Der Geschäftsführer dort ist nicht mehr ausgelastet gewesen und musste nun noch einen zweiten Geschäftsführerposten übernehmen.

Das ist kein Witz, es hat in der Volksstimme gestanden.

Wir würden uns darüber freuen, wenn dort einmal unsere Auffassung zu finden wäre, dass das Planfeststellungsverfahren und so manch andere Investition in den Bördeboden gesetzt worden sind. Jeder Cent der ab 2007 auf dem Verkehrslandeplatz ausgegeben wird, muss endlich wirtschaftlichen Vernunftsgründen standhalten. Ein neues Konzept, wie wir es seit Jahren einfordern, kann Aufschluss geben, was darunter zu verstehen ist.

Sehr geehrte Damen und Herren,

eingangs habe ich auf die Problematik der kommunalen Selbstverwaltung hingewiesen. Diese besteht nicht nur im Beschlussrecht, sondern auch im Kontroll- und Mitwirkungsrecht bei allen Angelegenheiten der Stadt. Bei der Hundesteuer sind wir uns dem beispielsweise schon bewusst, auch bei Belastungen durch Straßenausbau, Kommunalsteuern, Eintrittspreise in kommunale Einrichtungen oder Gebühren.

Was ist aber bei den Strom- und Gaspreisen?

Diese beeinflussen die Wirtschaft und die Bevölkerung in Magdeburg mindestens genau so. Der ab Januar 2007 steigende Gaspreis ist der Fraktion der Linkspartei.PDS Anlass, um die Stadtratsdebatte über die Stadtwerke-Konstruktion zu beginnen, in der der 54-prozentige Mehrheitsgesellschafter, das heißt der Stadtrat, keinen Einfluss auf die Preisgestaltung hat. Aus den Erfahrungen der schon zweimal geführten Sponsorendebatte heraus stelle ich fest, die Interessen der Magdeburger stehen für uns höher als die von Aktionären bei e.on und Gelsenwasser.

Herzlichen Dank an alle, die uns die Grundlagen für die heutige Debatte geschaffen haben, an Bürgermeister Czogalla und sein Dezernat. Ich danke auch für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit und wünsche uns heute Beschlüsse, die unserer Heimatstadt im Jahr 2007 und darüber hinaus gut tun.